



| Vorstand



Damit Zukunft sich lohnt!

- **JUGEND MIT MIGRATIONSHINTERGRUND IN DER IG METALL**
- **UNMITTELBAR GESTALTEN, AKTIV IN DEN JUGEND- UND
AUSZUBILDENDENVERTRETUNGEN**
- **BUNDESMIGRATIONSKONFERENZ 2011**



Merhaba
Hello Buon giorno καλημερα
Buenos días jaan Bonjour
Guten Tag
Bom dia Dobar dan Здравствуйте!

Willkommen zur neuesten Ausgabe von IGMigration!

Wie ist es um unser Zusammenleben bestellt? Fehlt es am Willen? An Möglichkeiten? Gute und schlechte Ausländer? Da die Integrationsverweigerer, hier die Tore schießenden Özils? Deutschland, ein Einwanderungsland?

In diesen Wochen bewegt die Integration die Gemüter. Auch in den Betrieben wird diskutiert. Zu den Fakten: Von den 82 Mio. Einwohnern verfügen 15,3 Mio. über einen Migrationshintergrund. In Wolfsburg und Stuttgart würde kein Auto vom Band rollen, wenn nicht deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen zusammen arbeiten würden. Doch zeigt die Statistik auch: Menschen mit Migrationshintergrund haben es auf dem Arbeitsmarkt vielfach deutlich schwerer. Es ist längst nicht alles Gold, wenn von Integration und gleichen Möglichkeiten die Rede ist. „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“, dieser Satz ist für sich genommen richtig. Im Zusammenhang führt der Satz jedoch bewusst in die Irre. Dem übergeschnappten Ex-Bundesbanker und den rechtspopulistischen Claqueuren geht es weder um eine ehrliche Problembeschreibung noch um Lösungen. Sie wollen spalten! Kriminelle Ausländer, faule Arbeitslose und spätrömische Dekadenz mit Hartz IV, so die Weltsicht dieser Herren.

Als IG Metall setzen wir auf gute Arbeit und gutes Leben! Unabhängig von Hautfarbe, Herkunft und Religion! Davon sind wir noch weit entfernt. In unserer „Leistungsgesellschaft“ führen gleiche Leistung in Schule oder Beruf noch lange nicht zu gleichen Aussichten auf persönlichen Erfolg und Aufstieg. Wer Kevin, Jarek oder Sevgi heißt, wird nach einer Studie der Uni Oldenburg auch bei gleicher Schulleistung schlechter eingeschätzt, als Maximilian oder Charlotte! Auch bei Bewerbungen führt die falsche Adresse dazu, aussortiert zu werden. Alle müssen können dürfen! Anstelle von Vorurteilen und Entsolidarisierung setzen wir auf Sozialstaat und Solidarität. Wir fordern eine faire Arbeitswelt und eine gerechte Gesellschaft. Mindestlöhne statt prekäre Arbeit!

Wir wollen den Kurswechsel für ein gutes Leben! Unter diesem Motto richten wir die Forderungen an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft. Der Schlüssel zu erfolgreicher Teilhabe ist der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und in das soziale Sicherungssystem. Genau da muss angesetzt werden. Auf unserer Bundesmigrationskonferenz im Februar 2011 werden wir das zum Thema machen. Die Konferenz wird der Auftakt für unsere Aktivitäten im neuen Jahr sein. Ein gutes Leben und sozialer Aufstieg, dafür steht die IG Metall.

Wolfgang Rhode

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

impresum

Herausgeber: Wolfgang Rhode, IG Metall Vorstand, Frankfurt a. M.

Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2524, E-Mail: igm-migration@igmetall.de

Redaktion: DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung, Düsseldorf

Konzept und Gestaltung: kus-design, Mannheim; Maria Peitz, IG Metall Vorstand // Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

Titelfotos: Ingo Woelke



inhalt

- 4 **DAMIT ZUKUNFT SICH LOHNT**
- 7 **KOMMENTAR: GUNTRAM SCHNEIDER
INTEGRATIONSPOLITIK KONKRET**
- 8 **DEIN RECHT**
- 9 **JUGEND MIT MIGRATIONSHINTER-
GRUND IN DER IG METALL**
- 12 **UNMITTELBAR GESTALTEN —
AKTIV IN DEN JUGEND- UND AUSZU-
BILDENDENVERTRETUNGEN**
- 14 **MARKTPLATZ**
- 16 **ZU GUTER LETZT**



Foto: Ingo Wöelke

++ ARBEITSKRÄFTEZUWANDERUNG — IMMER WIEDER KOMMT IM RAHMEN VON MEHR ODER MINDER SACHLICHEN DISKUSSIONEN ZUR INTEGRATION DIE FORDERUNG ARBEITSKRÄFTEZUWANDERUNG NACH DEUTSCHLAND ZU STOPPEN ODER WAHLWEISE ZU ERHÖHEN. EINE SACHLICHE UNTERFÜTTERUNG DER DISKUSSION FÜR ODER WIDER VON ARBEITSKRÄFTEZUWANDERUNG BIETET EIN WORKING PAPER, WELCHES IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN MIGRATIONSNETZWERKS VON DER FORSCHUNGSGRUPPE DES BUNDESAMTES FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE ERSTELLT WURDE. DIE FORSCHER UNTERNEHMEN EINE KRITISCH BESTANDSAUFNAHME DER DERZEITIGEN REGELUNGEN. SIE STELLEN UMFASSENDES DATENMATERIAL ZUR ZU- UND ABWANDERUNG BEREIT. WWW.BAMF.DE, **WORKING PAPER NR. 32** **++ VERTRAUEN IN DIE GEWERKSCHAFT —** JUGENDLICHE VERTRAUEN AUF DIE GEWERKSCHAFT, SO DAS ERGEBNIS DER 16. SHELL JUGENDSTUDIE. GLEICHZEITIG STELLT SIE EINE VERHALTENE STEIGERUNG AM INTERESSE FÜR POLITIK FEST. 70 PROZENT DER JUGENDLICHEN FINDEN, MAN MUSS SICH GEGEN MISSSTÄNDE IN ARBEITSWELT UND GESELLSCHAFT ZUR WEHR SETZEN. 39 PROZENT SETZEN SICH DESHALB HÄUFIG FÜR SOZIALE ODER GESELLSCHAFTLICHE ZWECKE EIN. DIE SHELL STUDIE MACHT HIER SOZIALE UNTERSCHIEDE AUS. AKTIVITÄT UND ENGAGEMENT SEIEN BILDUNGS- UND SCHICHTABHÄNGIG. JE GEBILDETER UND PRIVILEGIERTER DIE JUGENDLICHEN SIND, DESTO HÄUFIGER SEIEN SIE IM ALLTAG AKTIV FÜR DEN GUTEN ZWECK ENGAGIERT. WWW.SHELL.DE **++**



Foto: Ingo Woelke

Damit Zukunft sich lohnt

Chancen der jungen Generation mit Migrationshintergrund auf einen Kurswechsel für ein gutes Leben

„Et hät noch immer jot jejangen“, so ein rheinisches Leitmotiv. Wer sich die aktuelle Politik ansieht, bekommt den Eindruck, dass getreu diesem Motto die Augen vor den Anforderungen aus der Krise verschlossen werden. Denn es ist entgegen dem rheinischen Sinnspruch nicht gutgegangen:

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat deutliche Spuren hinterlassen und macht deutlich, dass es so nicht weitergeht. Sie hat massive Schwachstellen im System aufgedeckt, die keineswegs, wie gerne von Arbeitgebern propagiert, in starken Mitbestimmungsstrukturen und langfristigen Beschäftigungen von Mitarbeitern liegen – im Gegenteil. Die eigentlichen Ursachen werden dagegen unter den Tisch gekehrt. Da verwundert es nicht, dass 80 Prozent der Be-

völkerung das aktuelle Wirtschaftssystem kritisch sehen, wie die Bertelsmann-Stiftung in einer Studie feststellte. Die IG Metall fordert deshalb einen Kurswechsel: Die Finanzmärkte müssen reguliert, prekäre Arbeitsverhältnisse reduziert werden und die junge Generation eine gerechte Chance erhalten. Denn gerade diese sieht immer weniger Chancen auf ein gutes Leben: Mehr als 50 Prozent der jungen Beschäftigten unter 25 Jahren arbeiten für

Niedriglöhne, das heißt für einen Stundenlohn von weniger als 9,50 Euro in West- und 6,87 Euro in Ostdeutschland. Langfristige Beschäftigung? Eher Wunschdenken denn Realität. So kann kein gutes Leben möglich sein. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind besonders von prekären Beschäftigungsverhältnissen bedroht, da sie weitaus häufiger keinen Schul- und Berufsabschluss vorweisen können. 20 Prozent der Jugendlichen mit Migrati-



titelthema

onshintergrund verlassen die Schule ohne einen Abschluss, 42 Prozent mit einem Hauptschulabschluss. Dies ist nicht etwa deswegen so, weil sie, wie Thilo Sarrazin stamm-tischkompatibel erklärte, dümmer als andere seien, sondern weil unser Bildungssystem ihren Aufstieg ver-hindert. Ein Arbeiterkind hat es un-gleich schwerer bis zum Abitur zu gelangen als ein Kind, dessen Eltern einen Hochschulabschluss haben. Und Migrantinnen und Migranten sind nun einmal häufiger in der Gruppe der Arbeiter zu finden. Die IG Metall fordert deswegen, dass das hoch selektive dreigliedrige Schulsystem von einem durchgängi-gen System abgelöst wird, das allen gleichwertige Chancen bietet. „Wir brauchen hier eine konsequente Neuorientierung, Bildung darf nicht länger von sozialer Herkunft abhän-gig sein“, erklärt Hüseyin Aydin vom Ressort Migration beim IG Metall Vorstand, „Wir brauchen die indivi-duelle Unterstützung von Migranten-kindern in der Kita, den Ausbau der Ganztagschulen und die Verbesse-rung der Lehrerausbildung.“

Ausbildungsplätze schaffen

Ein gutes Leben mit Sicherheit und den Perspektiven, die man sich wünscht, sollte allen Jugendlichen offen stehen, unabhängig von Her-kunft oder Nationalität. Doch diesen

berechtigten Wunsch der jungen Ge-neration scheint die Politik derzeit völlig aus den Augen verloren zu ha-ben. Statt dessen wird immer noch auf leere Versprechungen gesetzt. Der ‚Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs‘ sollte die Anzahl der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze erhöhen. Doch die groß angekündigte Vereinba-rung, nach der mehr als 60.000 neue Ausbildungsplätze neu ge-schaffen werden sollten, erweist sich mehr und mehr als leere Worthülse. Über 100.000 Jugendliche haben im aktuellen Durchgang keinen Ausbil-dungsplatz gefunden. Und damit sie nicht in der Arbeitslosenstatistik auf-fallen, werden sie in Übergangssys-teme geparkt, die ihnen aber kaum weitere Möglichkeiten eröffnen.

Eigene Gestaltungsmöglichkeiten nutzen

„Wir brauchen echte Chancen für die Jugend und insbesondere für Ju-gendliche mit Migrationshinter-grund,“ fordert Petra Wlecklik vom Vorstand der IG Metall, sowie „Inves-titionen in Schul- und Hochschulaus-bildung, ausreichende und hochwer-tige Ausbildungsplätze, reguläre und sichere Beschäftigung und auch eine gesicherte Übernahme nach der Aus-bildung.“ Doch es geht ihr nicht nur um eine Forderung an die Politik. „Wir müssen den Kurswechsel auch

als IG Metall gestalten“, stellt Petra Wlecklik fest. „In den Betrieben oder in der Tarifpolitik haben wir dazu ver-schiedenste Möglichkeiten. Wir kön-nen dafür sorgen, dass Zukunft sich auch für die junge Generation lohnt.“ Diesen Anspruch unterstreicht ein-drucksvoll der jüngste Tarifabschluss in der deutschen Stahlindustrie. Zum ersten Mal konnte in Deutschland ein Flächentarifvertrag geschaffen wer-den, der gleiche Bezahlung von Stamm- und Leiharbeitern durchsetzt. Der Journalist Detlef Esslinger resü-miert in der Süddeutschen Zeitung: „Diese Runde geht so eindeutig an die Gewerkschaft, wie es das seit Jah-ren nicht mehr gegeben hat. Zugleich hat sie Bedeutung weit über die bei-den Verhandlungspartner hinaus. Sie könnte die Arbeitsbedingungen von Millionen Menschen prägen.“

„Ganz unten“ als Leiharbeiter

Gerade in der Leiharbeit zeigen sich die Schwächen des derzeitigen Sys-tems mehr als deutlich: Unternehme-rische Risiken wie Absatzschwäche beim Entleiher oder auch Auftrags-mangel beim Verleiher werden zu hundert Prozent an die Arbeitneh-men abgewälzt, indem sie durch den Auf- und Abbau ihrer Zeitkonten per-sönlich diese konjunkturellen Schwankungen abfangen. Leiharbeit geht aber nicht nur die Betroffenen et-was an, sondern sie hat Auswirkun-



gen auf die Stammselbstorganisationen. Denn langfristig sollen damit tarifvertraglich geregelte Arbeitsbeziehungen unterlaufen und die Belegschaft unter Druck gesetzt werden. Vor allem junge Menschen und insbesondere die mit Migrationshintergrund leiden darunter, keine andere Beschäftigungsmöglichkeit als bei einer Leiharbeitsfirma zu finden. Damit sind sie einem System ausgeliefert, das oft als eine moderne Form der Sklaverei beschrieben wird. „Wenn man als Produktionshelfer in einer Leiharbeitsfirma beschäftigt ist, dann ist man ganz unten, weil man aufgrund der geringen Arbeitsplatzqualifizierung für den Ent- als auch den Verleiher jederzeit ersetzbar ist. Handelt es sich bei dem Leiharbeitnehmenden dann noch um Migranten, die mit der deutschen Sprache Schwierigkeiten haben und auch nicht um ihre Arbeitnehmerrechte wissen, dann herrscht die absolute Hilflosigkeit. Da sie um ihre schlechteren Arbeitsmarktchancen wissen, nehmen sie oft sehr viele Nachteile in Kauf“, erklärt Dr. Sandra Siebenhüter, die derzeit für die Otto-Brenner-Stiftung eine Studie zum Thema „Prekäre Beschäftigung und Leiharbeit unter migrationspolitischen Gesichtspunkten“ erstellt. Dazu hat sie zahlreiche Interviews mit Leiharbeitern und –arbeiterinnen, Betriebsräten, Arbeitsrichtern, Migrationsberatern und Arbeitsvermittlern durchgeführt und ist erschreckt über die Verhältnisse, die in der Branche

herrschen. Insbesondere im Helferbereich, in dem nach ihrem Eindruck der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei 70 bis 80 Prozent liegt, ist der Missbrauch besonders hoch. „Verleiher wissen sehr genau, mit wem sie es zu tun haben. Denn auf jeden Leiharbeiter mit Migrationshintergrund, der sich wehrt und den Weg in die Arbeitsgerichte schafft, kommen mindestens dreihundert andere, die Angst haben ihre Arbeit zu verlieren und schweigen. Und das wissen die Verleiher ganz genau“, skizziert sie die Situation. Nach ihren Recherchen sind dabei insbesondere in kleineren, regionalen Leihbetrieben die Missstände am größten. Sandra Siebenhüter sieht die bisherigen Ansprachemöglichkeiten von Leiharbeitern mit Migrationshintergrund kritisch. „Die Gewerkschaften müssen dahin gehen, wo die Menschen leben und über ihre Arbeit aufklären und Vorurteile gegen Betriebsräte und Gewerkschaften gezielt aufgreifen. Das heißt beispielsweise, dass sie niederschwelligere Kontaktzonen und auch Ansprachemöglichkeiten schaffen müssen, indem sie in einer russischsprachigen oder türkischsprachigen Zeitung über ihre Arbeit informieren. Dazu gehört aber auch, dass sie in die Stadtviertel gehen, in denen viele Migrantinnen und Migranten leben und dort über ihre Arbeit aufklären und den Kontakt zu Migra-

tionsselfstorganisationen suchen, die aufgrund ihrer Reputation für die Gewerkschaften Türöffner sein können. Für einen Fremden in einem Land, dessen Sprache man nur bedingt spricht, sind Arbeitnehmerfragen nur ein Unsicherheitsfeld von vielen und dieser Wahrnehmung muss die Gewerkschaft Rechnung tragen und von sich aus dort auf die Menschen zugehen, wo sie ihren Alltag leben.“

Herbstaktivitäten

Zu den Betroffenen gehen – genau das hat die IG Metall mit ihren Herbstaktivitäten gemacht. Dabei wurden zahlreiche Aktionen in den Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen sowie Großdemos in vielen Städten in Deutschland durchgeführt. Schwerpunkt waren regionale Kundgebungen und Infostände auf den Straßen und vor den Betrieben. Sicher ist: Ein Kurswechsel in Deutschland geht alle Beschäftigten etwas an. Sie haben es in der Hand, auf einen veränderten Kurs zuzusteuern. Die IG Metall schafft den Rahmen dazu, doch es geht nicht ohne die Mitwirkung aller, die sich vor allem eins wünschen: Eine Zukunft mit Perspektive und Gerechtigkeit.

Auswertung der Herbstaktionen
www.igmetall.de/Herbst2010



Integrationspolitik konkret

„Gemeinsam für NRW“ – so lautet das Motto des Koalitionsvertrags der neuen Landesregierung. Es ist unser zentrales Anliegen, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, Gute Arbeit, das Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern. Auch wenn die Integration besser als ihr Ruf ist, über eines dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen: Viele zu lange wurde ignoriert, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist. Weil es in Deutschland versäumt wurde, frühzeitig aktive Integrationsarbeit zu betreiben, müssen wir uns heute umso stärker darum kümmern – in der Gesellschaft, der Wirtschaft und in der Politik. Deshalb hat die neue rot-grüne Landesregierung auch das Aufgabenfeld „Integration“ institutionell und politisch aufgewertet. Erstmals gibt es mit Zülfiye Kaykin eine Staatssekretärin für Integration.

Integration und Bildung

Der Bildungspolitik kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Nur wenn wir bereits im Kindergarten das Beherrschen der deutschen Sprache bei allen Kindern sicherstellen, können wir auch später schulischen und beruflichen Erfolg organisieren. Der Erwerb der deutschen Sprache kann und soll das Beherrschen der Sprache der Eltern nicht ausschließen. Wir brauchen ein integriertes und durchlässiges Schulsystem!

Integration und Arbeitsmarktpolitik

Wir brauchen die Möglichkeit zum Nachholen von Bildungsabschlüssen und zur Weiterqualifizierung auch für Menschen, die es nach der Schule nicht in eine Berufsausbildung geschafft haben. Das zeigt eine Zahl besonders nachdrücklich: Im Juli 2010 lag die Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern in Nordrhein-Westfalen bei 20,1 %, die der Deutschen deutlich niedriger bei 7,6 %. Dauerhafte Arbeitslosigkeit führt zu Armut und Ausgrenzung, vertieft die sozialen Gegensätze und behindert den Integrationsprozess. Für junge Menschen mit Migrationshintergrund werden wir daher die Angebote zur beruflichen Qualifizierung und zur Vermittlung in Arbeit verstärken. Außerdem wollen wir endlich die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen verbessern. Allein in Nordrhein-Westfalen warten nach unseren Schätzungen rund 130.000 Menschen darauf.

Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Wir müssen erfolgreiche Integration vor Ort ansetzen. Wer dabei glaubt, das Gelingen der Integration sei allein eine Frage des Willens und der persönlichen Anstrengung, der irrt. Die notwendige individuelle Bereitschaft, sich in die Gesellschaft zu integrieren, braucht als unverzichtbares Gegenstück immer auch die öffentliche Bereitschaft, den Prozess der Integration durch tragfähige Strukturen auch institutionell abzusichern. Integration braucht deshalb Verbindlichkeit und Verlässlichkeit. Die neue Landesregierung wird ein Integrationsgesetz vorlegen, das einen klaren institutionellen Rahmen für die Integration und die Beteiligung von Eingewanderten im Land setzt. Mit dem Gesetz soll auch das Fundament für eine interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung gelegt werden. Damit wollen wir die Vielfalt der Bevölkerung auch im öffentlichen Dienst abbilden. Als ersten Schritt wollen wir im Rahmen eines Modellprojektes die „anonymisierte Bewerbung“ erproben. Diese sollen Diskriminierungen jedweder Art im Bewerbungsprozess verhindern. Integration ist ohne politische Partizipation nicht denkbar. Deshalb wollen wir uns auf Landes- und Bundesebene aktiv für die Einführung des Kommunalen Wahlrechts einsetzen. Gleichzeitig brauchen wir dringend Regelungen zur Mehrstaatlichkeit.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen



Muslima darf in evangelischer Sozialstation arbeiten

Kirchliche Arbeitgeber dürfen einer Muslima nicht wegen ihrer Konfession kündigen, wenn sie schon bei der Einstellung wussten, dass die Bewerberin nicht christlichen Glaubens ist. Dies widerspricht dem Grundsatz von Treu und Glauben, stellte das Arbeitsgericht Ludwigshafen fest. In dem Fall hatte eine Muslima zunächst ehrenamtlich in einer karitativen Einrichtung der Diakonie gearbeitet, später als Teilzeitkraft. Als sie sich als hauptamtliche Altenpflegerin bewarb, wurde sie nicht nur wegen ihrer Religionszugehörigkeit abgewiesen sondern auch ihre Teilzeitbeschäftigung gekündigt. Die Richter wiesen den Arbeitgeber an, die Kündigung zurück zu nehmen.

Arbeitsgericht Ludwigshafen, 25. Juni 2010, AZ: 3 Ca 2807/09

Mai 2011 – Freizügigkeit in Deutschland

Ab Mai nächsten Jahres gilt nach Beendigung der Übergangsfristen in Deutschland volle Freizügigkeit. Das heißt, aus acht der zehn osteuropäischen EU-Staaten können Arbeitnehmende ohne jede Beschränkung eine Beschäftigung in Deutschland aufnehmen. Gleichzeitig fallen die Beschränkungen für die Dienstleistungsfreiheit im Baugewerbe und die grenzüberschreitende Leiharbeit. Die Gewerkschaften fürchten, dass insbesondere im Bereich der Leiharbeit der gesetzlich geregelte Grundsatz der Gleichbe-

handlung mit der Stammebelegschaft ausgehebelt wird. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften fordern deswegen von der Bundesregierung die gesetzliche Festlegung eines Mindestlohns, auch zum Schutz derjenigen, die im Rahmen der Freizügigkeit einwandern. Informationen sind zu beziehen über www.dgb-sachsen.de

Verbot der HDJ rechtskräftig

Das vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ausgesprochene Verbot des Vereins heimatreue Deutsche Jugend Bund für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V. (HDJ) ist rechtskräftig. Der Verein richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und erfülle damit einen vereinsrechtlichen Verbotsgrund. Er verbreite die Blut-und-Boden-Ideologie, Rassenlehre der Nationalsozialisten und antisemitische Thesen.

Bundesverwaltungsgericht, 1. September 2010, Az: BVerwG 6 A 4.09

E-Justiz-Portal

EU-Recht ist unübersichtlich und schwer zu durchschauen, so der Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger. Um dem entgegen zu treten hat die Europäische Union ein E-Justiz-Portal eingerichtet mit dem künftig Informationen über das EU-Recht leichter zugänglich sein sollen. Derzeit bietet die Seite eine Übersicht über Rechts- und Praxisfragen für Bürger, Unternehmer und Juristen. Anfang 2011 soll das Portal erweitert werden

und beispielsweise Rechte von Opfern und Beklagten in allen EU-Mitgliedsstaaten eingestellt werden.

<http://e-justice.europa.eu>

Anspruch auf Hartz IV

Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts haben in Deutschland lebende Ausländer grundsätzlich Anspruch auf Leistungen nach SGB II, sofern der Heimatstaat das Europäische Fürsorgeabkommen ratifiziert hat. Dies trifft auf viele Länder der Europäischen Union zu sowie auf die Türkei. Hier wurde einem französischen Staatsbürger die Fortzahlung des Arbeitslosengeldes II nach neun Monaten verweigert. Die Behörde berief sich darauf, dass der Anspruch auf Hartz IV für EU-Bürger auf diesen Zeitraum zur Arbeitssuche begrenzt ist. Dem gegenüber steht jedoch die Verpflichtung durch das Europäische Fürsorgeabkommen aus dem Jahr 1953, mit dem sich die Staaten verpflichten, Staatsangehörigen der anderen Unterzeichnerländer die gleichen Leistungen wie den eigenen Bürgern zukommen zu lassen, wenn sie sich legal im Land aufhalten. Mit seinem Urteil stellte das Bundessozialgericht nun klar, dass es sich bei dem völkerrechtlichen Vertrag um ein unmittelbar geltendes Bundesgesetz handelt. Damit ergibt sich selbst dann ein Anspruch auf Arbeitslosengeld II, so die Richter, wenn der Aufenthalt allein der Arbeitssuche diene.

Bundessozialgericht vom 19. Oktober 2010, Az: B 14 AS 23/10 R



Foto: Ingo Woelke

Jugend mit Migrationshintergrund in der IG Metall

Interkulturelle Öffnung – hinter dem Schlagwort verbirgt sich unter anderem die Forderung, dass sich Unternehmen und Organisationen über Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund bewusst werden und sie fördern. Dazu gehört beispielsweise die gezielte Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund, wenn es um freie Arbeits- oder Ausbildungsplätze geht. Auch in der IG Metall tut sich was durch Trainee-Programm, Ausbildung, Studium und Bildungsarbeit.

„Ich war schon auf einer 1.-Mai-Demo, da konnte ich noch nicht mal laufen!“ **SERVAN ADSIZ** lacht, als sie das erzählt. Doch ihre Geschichte hat einen ernsten Hintergrund, denn ihr Vater wird in den 1980er Jahren als Gewerkschaftsvorsitzender im kurdischen Gebiet der Türkei verfolgt. Schließlich muss er mit seiner Familie fliehen. So kommt sie als Fünfjährige über viele Umwege nach Deutschland. Heute ist sie Trainee

bei der IG Metall und erhält in der einjährigen Ausbildung eine fundierte Grundlage für ihre spätere Arbeit als Gewerkschaftssekretärin. Nach dem Abitur studierte sie Jura und beendet das Studium noch vor dem Ende der Regelstudienzeit. Gleichzeitig engagiert sie sich in der politischen Arbeit, arbeitete ehrenamtlich in Migrantenorganisationen. „Nach meinem Jurastudium habe ich überlegt, wie ich mein politisches Inte-

resse und meine Ausbildung verbinden könnte.“ Sie bewirbt sich bei der IG Metall und erhält das Angebot zum Traineeprogramm. Hier erhält sie ein Jahr lang Einblicke in die gewerkschaftliche Arbeit, Praxiseinsätze wechseln sich mit Seminarblöcken ab. Das schätzt sie, die nach dem Studium zunächst selbständig war und bis dahin nur wenig Einblicke in die betriebliche Arbeit erhalten konnte, besonders. „Gerade beim kollekt-



SERVAN ADSIZ, IG METALL VORSTAND

tiven Arbeitsrecht kann man hier sehr gut die Zusammenhänge erkennen – das muss man einfach erlebt haben, das kann man nicht theoretisch lernen!“

Kulturelle Breite der Mitgliedschaft widerspiegeln

Inzwischen ist ihr Traineeprogramm fast beendet. Seit November arbeitet sie in der Personalabteilung beim IG Metall Vorstand. In der Rückschau auf ihre Ausbildung sagt sie: „Für mich war das Traineeprogramm wirklich eine Bereicherung. Ich kann es nur jedem empfehlen, der Interesse hat.“

Servan Adsiz ist nicht die einzige Trainee bei der IG Metall mit Migrationshintergrund. Von Mai 2000

bis Mai 2010 haben 18 Traineeausbildungsgänge mit insgesamt 265 Teilnehmenden stattgefunden. Von diesen hatten 22 einen Migrationshintergrund, d.h. sie oder ihre Eltern haben keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Bei 20 von ihnen mündete die Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis bei der IG Metall. „Migrationshintergrund ist kein spezielles Auswahlkriterium, sondern eines unter dem generellen Gesichtspunkt, dass wir die soziale und kulturelle Breite unserer Mitgliedschaft und unserer Adressaten bei unseren hauptberuflichen Nachwuchskräften aufnehmen und damit die IG Metall gegenüber einer differenzierteren Arbeitnehmerschaft und Gesellschaft attraktiv und kompetent halten wollen,“ erklärt **DR. JOACHIM BEERHORST**, der als Ressortleiter Personalentwicklung/ Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche beim IG Metall Vorstand tä-

tig ist. Neben dem Traineeprogramm ist der Ausbildungsbereich ein weiterer wichtiger Zweig in der IG Metall. Ob Kauffrau oder –mann für Bürokommunikation oder IT-Fachinformatiker/informatikerin für Systemadministration, die Ausbildungsmöglichkeiten bei der IG Metall sind vielfältig. „Derzeit befinden sich 14 Personen in der Ausbildung, davon haben sieben Auszubildende Migrationshintergrund“, erklärt **NUNZIA TROVATO**, vom Personalressort beim IG Metall Vorstand. „Es ist nun einmal so, dass in Deutschland viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. Das bilden wir auch bei der IG Metall ab.“

Unterstützung im Studium

Ähnlich zeigt sich auch die Studierendenförderung der Hans-Böckler-Stiftung, an der sich die IG Metall beteiligt. **ULRIKE OBERMAYR**, Funktionsbereichsleiterin Gewerkschaftliche Bildungsarbeit beim IG Metall Vorstand vertritt dabei die IG Metall in einigen Auswahlkommissionen der Böckler-Stiftung. Sie erklärt: „Die Hans-Böckler-

Stiftung vergibt Stipendien für das Studium und die Promotion. Dazu gibt es verschiedene Verfahren auf die sich Interessierte bewerben können.“ Insbesondere in der Böckler-Aktion-Bildung, kurz BAB, finden sich viele Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Migrationshintergrund. Zum beginnenden Wintersemester 2010/2011 verfügten von den 85 Geförderten aus der BAB 50 über Migrationshintergrund. „Die Böckler-Aktion-Bildung richtet sich jedoch nicht speziell an Jugendliche mit Migrationshintergrund, sondern soll es insbesondere einkommensschwachen Familien ermöglichen, ihre Kinder studieren zu lassen“, erläutert Ulrike Obermayr. Gewerkschaftlich Aktive sollten sich, auch wenn sie aus einer einkommensschwachen Familie stammen, eher über das gewerkschaftliche Verfahren bewerben. „Wer sich bewerben möchte, sollte sich vorher genau überlegen zu welchem Verfahren er oder sie am besten passt“, rät sie. Die Böckler-Stiftung berät potenzielle Bewerber

und Bewerberinnen bei der Auswahl. Entscheidend in jedem Verfahren sei aber, betont Obermayr, dass der Bewerber oder die Bewerberin ein überzeugendes soziales, politisches oder gesellschaftliches Engagement vorweisen könne.

Vielfalt in der Bildungsarbeit

Neben der hauptamtlichen Arbeit gibt es weitere Beteiligungsmöglichkeiten, vor allem im Bildungsbereich. „Wir haben in der IG Metall 9.800 Jugendliche ohne deutschen Pass, mit Migrationshintergrund dürften es noch weit mehr sein“, erklärt **ROSI SCHNEIDER** von der IG Metall Bildungsstätte Sprockhövel. „In unseren Seminaren haben wir eine der Mitgliedschaft entsprechende Beteiligung.“ Gesonderte Angebote sieht sie wie ihr Kollege **WERNER HARTL**, Leiter der Bildungsstätte Schliersee, nicht als den richtigen Weg. „Wir legen Wert darauf, dass das Thema Migration in unsere Regelangebote einbezogen wird“, erläutert dieser. Im Jugend 2 Seminar würde das Thema spätestens

beim Block „Wie im richtigen Leben“ auftauchen.

„Dabei geht es um eine gerechte Chancenverteilung in Deutschland. Wir machen dies über ein Spiel sichtbar. Jeder bekommt eine feste Rolle zugewiesen. Wenn er eine Frage wie zum Beispiel, ob er ohne Probleme in jede Diskothek kommt, mit ja beantworten kann, darf einen Schritt nach vorne. Einige der Teilnehmer kommen so sehr weit, andere müssen stehenbleiben. Das führt dann regelmäßig zu einer Auseinandersetzung zur Chancenverteilung in Deutschland und wie bestimmte Gruppen wie Ausländer und Ausländerinnen davon ausgeschlossen sind“, erklärt er den Ansatz. Eine Erfahrung, die auch Rosi Schneider bei den Seminaren gemacht hat: „Die Jugendlichen bringen ihre Themen mit in das Seminar. Diskriminierung und die Frage nach Chancengleichheit gehören zu ihrem Alltag und das wollen sie diskutieren.“ Werner Hartl schätzt insbesondere, dass sich dadurch echte Auseinandersetzungen zeigten und nicht theo-

retisch mit Texten an das Thema heran gegangen wird.

„Wir diskutieren mit den Menschen und nicht über Theorien oder Modelle“, betont er. „Jugendliche mit Migrationshintergrund sind ein wertvoller Teil unserer Seminare“, so Rosi Schneider. „Das zeigt sich zum Beispiel in unserer Ausbildungsreihe ‚Europa Step by Step‘. Hier können sie ihre Erfahrungen aus anderen Kulturen mit einbringen und als Sprach- und Kulturmittler auftreten.“ **KEMAL AY**, Jugend- und Auszubildendenvertreter bei Volkswagen Nutzfahrzeuge in Hannover, ist einer derjenigen, die sich mit ihren Erfahrungen in die Semindiskussion einbringen konnten. Aber die Reihe hat ihm auch viele Eindrücke aus dem Land, aus dem seine Eltern als Kurden 1990 fliehen mussten, vermittelt: „Wir haben im Rahmen der Seminarreihe das Europäische Sozialforum in Istanbul besucht und uns die Arbeit von Gewerkschaften in der Türkei angesehen.“ Nachhaltig beeindruckt hat ihn vor allem, wie die vielen Hürden bei der gewerkschaftlichen Arbeit überwunden werden müssen. Der umständliche Weg zur Mitgliedschaft über

einen Notar statt, wie in Deutschland, über ein einfaches Formular war dabei nur ein Beispiel. Insgesamt hat ihn die Seminarreihe begeistert. „Ich habe so viele Erfahrungen dort gemacht, jetzt sehe ich unsere Arbeit hier mit anderen Augen“, erläutert er. „Wir haben bei Volkswagen Nutzfahrzeugen bei den Auszubildenden einen Organisationsgrad von 100 Prozent, genauso bei den Studierenden im Praxisverbund. Wenn ich sehe, wie viele Steine den Kollegen und Kolleginnen in der Türkei in den Weg gelegt werden, motiviert es mich umso mehr, mich hier zu engagieren.“

Mehr Informationen zum Traineeprogramm und zur Ausbildung bei der IG Metall unter www.igmetall.de

Stellenangebote:

<http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/stellenangebote-ausbildung-und-traineeprogramm-440.htm>

Zu den Fördermöglichkeiten der Hans-Böckler-Stiftung mehr unter:

www.boeckler.de/studienfoerderung



Unmittelbar mitgestalten —

Aktiv in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen

Über 500 Jugendliche mit Migrationshintergrund engagieren sich in der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Aktive, die es in einer Vorstellungswelt wie sie beispielsweise Thilo Sarrazin verbreitet, nicht vorkommen. Denn sie setzen sich für ihre Kolleginnen und Kollegen ein, wollen die Gesellschaft, in der sie leben, zum Positiven verändern.

„Es geht mir darum, aktiv mit zu gestalten. Ich will mich für andere einsetzen“, sagt **ÜNSAL BASER**, der nicht nur als Jugend- und Auszubildendenvertreter bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann gewählt wurde sondern auch in Duisburg in den Integrationsrat. „Das ist ein Prozess: Man wird gewählt und bringt dann seine Vorstellungen ein und versucht das zu verwirklichen, wofür man gewählt wurde. Wenn einem das gelingt, wird man wiedergewählt. Dabei geht es doch nicht darum, ob ich Türke, Deutscher, Kongolese oder sonst was bin. Es geht darum, unmittelbar gestalten zu können.“ Doch er sieht auch, dass das Thema Integration immer mitschwingt: „Migrationshintergrund ist wie eine Haut, man kann das nicht ablegen. Egal welches Thema angesprochen wird, irgendwo taucht Integration unterschwellig auf.“

Alle für einen

Auch **UFUK YILDIRIM**, Gesamt-JAV Vorsitzender bei MAN Nutzfahrzeuge, teilt diese Meinung. Er sieht die Integrationspolitik in Deutschland jedoch kritisch, insbesondere da sie Jahrzehnte vernachlässigt wurde. Doch er sagt auch: „Wir müssen weg von dieser Ellenbogengesellschaft. Einer für alle, alle für einen – das ist der richtige Weg. Wir müssen gemeinsam kämpfen, vor allem als Gewerkschafter.“ Der 24jährige stellvertretende Konzernjugendvorsitzende, der für die IG Metall im Ortsjugendausschuss sitzt und sich im Arbeitskreis Automobilindustrie engagiert, ist überzeugt, dass er mit seiner

Arbeit etwas bewegen kann: „Das ist es, was mich an der Arbeit reizt. Ich möchte den Leuten helfen. Und es ist einfach ein gutes Gefühl sich sagen zu können, ich habe heute einem Auszubildenden geholfen, dem eigentlich gekündigt werden sollte.“ Die Mitarbeit im Ortsjugendausschuss der IG Metall bietet dazu eine gute Möglichkeit. Im Ortsjugendausschuss (OJA) der Region Wuppertal, Remscheid, Solingen haben etwa die Hälfte der Aktiven Migrationshintergrund, schätzt **MANUELA CONTE**, Jugendprojektsekretärin der IG Metall für die Region. Hier treffen sich Jugendliche aus der IG Metall einmal im Monat um die gewerkschaftliche Politik mit zu gestalten. „Jeder kann ein Thema in den OJA einbringen“, erklärt Manuela Conte. „Wir haben als regelmäßiges Element den Bericht aus den Betrieben. Außerdem gibt es eine politische Viertelstunde. Wenn jemand ein bestimmtes Thema diskutieren möchte, kann er es hier ansprechen. Beim nächsten Aktivenkreis wird dann ein kleiner Vortrag gemacht oder jemand wird ausgewählt und nimmt sich das Thema noch einmal genauer vor.“ Hier wurden beispielsweise auch Sarrazins Thesen aufgegriffen und diskutiert. Dazu hatten sich die Jugendlichen im Vorfeld die Bewertung des Deutschen Instituts für Menschenrechte zu den Aussagen von Sarrazin angesehen. „Wir wollten aber keine Inhalte vorgeben, indem wir lediglich eine Position gegen die nächste stellen“, erläutert Manuela Conte. „Es ging uns darum zu diskutieren, wie die Einzelnen damit

umgehen und welche Erfahrungen sie aus ihrem Alltag einbringen können. Wir möchten, dass diejenigen, über die in der Öffentlichkeit so viel geredet wird, sich selbst mit Erlebnissen und Sichtweisen einbringen können.“

Integration statt Assimilation

Etwas, was auch **YOU-LEE HUYN**, Jugendsekretärin bei der Verwaltungsstelle Krefeld und Mönchengladbach wichtig ist. „Bei uns im Ortsjugendausschuss wird demokratisch besprochen, welche Themen wir anfangen wollen.“ Zu diesen Themen gehörten im letzten Jahr beispielsweise Aktivitäten gegen Pro-NRW, die sich in der Landtagswahl mit rechtspopulistischen Aussagen in Szene gesetzt haben. „Meine persönliche Meinung ist, dass Integration nicht Assimilation bedeutet“, erklärt You-Lee Hyn, deren Eltern wie sie sagt, „zum malochen“ aus Korea nach Deutschland kamen. „Meine Eltern haben uns von Anfang an gesagt, dass wir uns eingliedern müssen. Aber es ging immer darum, einen Spagat zwischen den Kulturen zu machen und keine der beiden Kulturen zu vernachlässigen“, resümiert sie ihre Erfahrungen. Für die Jugendlichen mit denen sie arbeitet, sei Migrationshintergrund etwas Selbstverständliches. „Für die Aktiven im Ortsjugendausschuss geht es darum, gemeinsam gewerkschaftlich zu arbeiten, egal ob nun mit oder ohne Migrationshintergrund. Sie sind Gewerkschafter, das ist ihre Basis und das ist es, wo sie sich stark machen.“

Infos für neue Jugend- und Auszubildendenvertretungen

In vielen Betrieben wurden gerade die JAVis neu gewählt. Die IG Metall bietet ihnen Schulungen und Seminare, um sie fit für ihre Arbeit zu machen.

Mehr dazu unter www.igmetall.de/jugend

Die Zeitschrift ‚Junge Impulse‘ der IG Metall Jugend

berichtet über relevante Entwicklungen und Themen der Jungen Generation.

<http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/jupo-junge-impulse-4971.htm>

Betriebsvereinbarung bei Porsche – 40 Prozent Hauptschüler als Azubis

Einen guten Ansatz, Hauptschülern und –schülerinnen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen, haben der Betriebsrat und die Arbeitgeber bei der Porsche AG gefunden. Hier wurde bereits 2002 eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, in der Prozentsätze für die schulische Herkunft der Auszubildenden festgelegt wurden.



„Vierzig Prozent der Auszubildenden sollen von der Hauptschule kommen, von der Realschule 45 Prozent und mit einem gymnasialen Abschluss 15 Prozent“, erläutert **IBRAHIM ASLAN, BETRIEBSRAT BEI DER PORSCHER AG**, nicht ohne berechtigten Stolz darauf, was der Betriebsrat erreicht hat. „Allerdings gibt es Mindeststandards, die von den Bewerbern erfüllt werden müssen. Hier können wir keine Abschlüsse machen, da die Anforderungen während der Ausbildung und in der Berufsschule erfüllt werden müssen“, erklärt Ibrahim Aslan. „Wenn es notwendig ist, bieten wir auch für die Azubis kostenlosen Nachhilfeunterricht an.“ Dennoch wiesen im letzten Jahr 37 Prozent der Auszubildenden einen Hauptschulabschluss auf. Für dieses Jahr werden 40 Prozent angestrebt, so Ibrahim Aslan. Eingestellt werden 100 Auszubildende, die sich auf 14 Studienplätze, sechs Industriekaufleute und 80 technische Berufe verteilen. „Die Hauptschülerinnen und -schüler bewerben sich hauptsächlich um die technischen Berufe, wie um eine Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker, Fahrzeuglackierer oder zur Fachkraft Lagerlogistik“, weiß Ibrahim Aslan. Nach dem Abschluss blicken die Jugendlichen übrigens in eine gesicherte Zukunft: „Wir haben in unserer Standortsicherung vereinbart, dass bis 2015 jährlich mindestens 100 Azubis eingestellt werden und dass alle Jugendlichen, die ihre Ausbildung bei Porsche erfolgreich bis 2015 beendet haben, in eine unbefristete Beschäftigung übernommen werden“, erklärt Ibrahim Aslan. „Dies hatten wir schon 2000 und 2005 vereinbart, so dass bis heute schon 1.000 jungen Menschen eine Zukunft bei Porsche geboten wurde.“



Netzwerk Migration



Ehren- und hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen, die im Bereich Migration aktiv sind, können sich ab sofort auf einer gesonderten Seite der IG Metall vernetzen. Hier können sie Informationen verbreiten, aktuelle Themen diskutieren und Termine austauschen.

<http://netkey4o.igmetall.de/homepages/netzwerkmigration/>

Ausstellung Neofaschismus

Eine Ausstellung der ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten‘ informiert über Ideologie und Praxis des Neofaschismus und benennt Ursachen für die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen und militaristischen Denkens und Handelns. Interessierte können die Ausstellung, die auf 26 vierfarbigen Tafeln im DIN-A1-Format mit unempfindlicher PVC-Folie gedruckt sind, für eine Gebühr von 100 Euro ausleihen. Außerdem steht ein Flyer zur Ausstellung in Deutsch, Englisch, Russisch, Polnisch und Italienisch zur Verfügung.

<http://neofa-ausstellung.vvn-bda.de/>

Ausbildereignungsprüfung ablegen



Kostenlose Kurse zur Vorbereitung auf die Aus-

bildereignungsprüfung insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund bietet seit Anfang des Jahres die Industrie- und Handelskammer Bochum gemeinsam mit der IQR Innovation & Qualifikation GmbH aus Hattingen an. Die Vorbereitungskurse umfassen je nach individueller Voraussetzung der Teilnehmenden zwischen 100 und 150 Unterrichtsstunden. Weitere Informationen unter:

www.iqruhr.de

Je jünger desto prekärer



Studie zur beruflichen Situation der Jungen Generation 2010 — Der Aufschwung geht an den jungen Menschen vorbei. Gerade sie sind von prekären Arbeitsverhältnissen wie Praktika, Leiharbeit und befristete Jobs besonders betroffen. Das belegt eine Studie

von TNS Infratest. Die IG Metall informiert über die prägnantesten Ergebnisse und Botschaften unter:

<http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xml/studie-zur-beruflichen-situation-der-jungen-generation-2010-5721.htm>

Chorrosion



Von Flucht und Schatten handelt das neue Programm des freien Chors der IG Metall Bochum, Chorrosion, das die Kolleginnen und Kollegen zu Gunsten der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum präsentieren. In dem Chorstück ist eine Lesung von André Wülfing über eine Flucht integriert. Wer den Chor buchen oder mitsingen möchte, findet mehr Informationen unter

<http://www.chorrosion.de/>

MigraAr (Migration + Arbeit)

Mit Unterstützung der IG Metall Frankfurt konnte im DGB-Gewerkschaftshaus im Servicecenter eine Gewerkschaftliche Anlaufstelle für Migranten und Migrantinnen in prekären Arbeitsverhältnissen im ver.di-Bezirk Frankfurt am Main eingerichtet werden. Die Anlaufstelle richtet sich auch an Kolleginnen und Kollegen ohne legalen Aufenthalt. Geöffnet ist die Anlaufstelle jeden ersten Donnerstag von 9 bis 11 Uhr sowie jeden dritten Donnerstag im Monat von 17 bis 19 Uhr. Tel. 069-25 6925 69

E-Mail: ffm@migrar.info

Migration und Arbeitsmarkt



Führt Zuwanderung zu sinkenden Löhnen und steigender Arbeitslosigkeit? Dieser Frage geht eine kritische Auseinandersetzung von Herbert Brücker in den WSI Mitteilungen nach. Der Forscher vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kommt zu dem Schluss, dass Zuwanderung sich langfristig neutral auf das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau auswirke und die Arbeitslosenrate nur marginal steige. Allerdings seien die Wirkungen auf die einzelnen Gruppen sehr unterschiedlich verteilt: Während einheimische Arbeitnehmer gewinnen, verlieren die bereits im Lande lebenden Ausländer erheblich.

http://www.boeckler.de/169_109172.html

Benachteiligung wegen Kopftuch

Eine vom Interkulturellen Rat herausgegebene Broschüre „Starke Frauen, schwerer Weg“ stellt wissenschaftliche Untersuchungen zur Ausgrenzung und Erfahrungsberichte muslimischer Frauen zusammen. Demnach werden sie, u.a. wenn sie ein Kopftuch tragen, in der Arbeitswelt, im Bildungs- und Ausbildungssystem und in der Öffentlichkeit ausgegrenzt. www.interkultureller-rat.de

Migranten und Hartz IV



Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders von der Umstellung der Grundsicherung betroffen, so das Ergebnis eines vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen Forschungsprojektes. Ursachen für einen häufigeren Bezug von Leistungen nach SGB II sind danach zum einen mangelnde Qualifikationen und zum anderen die Nichtanerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse.

http://www.bmas.de/portal/39948/property=pdf/f395_forschungsbericht.pdf



Deine Meinung zählt - schreib uns,

was du zu sagen hast! Zu einem der hier behandelten Themen oder zu einer Sache, die dir unter den Nägeln brennt. Schreib uns deine Meinung zur **IGMigration** – per E-mail: igm-migration@igmetall.de

oder mit der Post an:

IG Metall Vorstand, Ressort Migration
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main

Beitrittserklärung

Mitgliedsnummer

(wird von der IG Metall eingetragen)



*Name

*Geburtsdatum

*Geschlecht Männlich Weiblich

*Vorname

Telefon (dienstl. privat)

*Land *PLZ *Wohnort *Status angestellter sonst.

*Straße

*Hausnr. E-Mail (dienstlich privat)

beschäftigt bei/PLZ/Ort

Beruf/Tätigkeit/Studium/Ausbildung: Weiblich Tätlich*

befristet beschäftigt Leiharbeiternehmer/in/Verleihvertrag

Falls Leiharbeiternehmer/in: Wie heißt der Verleihbetrieb?

ab bis

geworben durch (Name, Vorname)

Mitglieds Nummer Werber/in

Bankverbindung

*Bruttoeinkommen Beitrag *Kontoinhaber/in

*HI / *Konto Nr. *Bank/ Zweigstelle

*Ort/Datum/Unterschrift

Bitte abgeben bei IG Metall Betriebsräten/ Vertrauensleuten, der IG Metall Verwaltungsstelle oder schicken an: IG Metall-Vorstand, FR Mitglieder/Kampagnen, 60329 Frankfurt am Main

*Pflichtfelder, bitte ausfüllen
Stand: April 2010

Weitere Informationen unter
www.igmetall.de/beitreten

Mitglied werden – so geht's:

Wer Mitglied werden will, kann am Arbeitsplatz IG-Metall Vertrauensleute oder andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die der IG Metall angehören.

Informationen im Internet:
www.igmetall.de
per Telefon: 069/6693-2578
per E-Mail:
mitglieder@igmetall.de



zu guter letzt...

Bundesmigrationskonferenz

20. - 22. Februar 2010 in Sprockhövel



„Gemeinsam für ein gutes Leben – alle Menschen sind Deutschlands Reichtum“

Die Bundesmigrationskonferenz befasst sich mit folgenden Themen:

Zukünftige Migrations- und Integrationspolitik

Prof. Dr. Klaus J. Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hält dazu das Einführungsreferat mit dem Titel:

„Migration und Integration in Deutschland: Bestandsaufnahme und politische Handlungsperspektiven“

Um einen weiteren Aspekt der Konferenz zu beleuchten, gibt Wolfgang Rhode, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall ei-

nen kurzen Input zum Thema **„Gewerkschafts- und betriebspolitische Herausforderungen (Arbeitstitel)“**

Die Teilnehmer/innen der Konferenz haben im Anschluss die Möglichkeit, sich in sechs Foren mit folgenden Themen zu beschäftigen:

1. Kampagne Junge Generation
2. Leiharbeit
3. Mitgliederentwicklung
4. Teilhabe im Betrieb
5. Interkulturelle Öffnung
6. Für eine solidarische Gesellschaft – gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus

Im Abschlussplenum diskutieren Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der IG Metall und Teilnehmer/innen aus Foren und Moderation über das Thema:

„Zukünftige Migrationspolitik in und mit der IG Metall“ (Arbeitstitel).

Die Abendveranstaltung „Kleine Weltmusik“ wird gestaltet mit und von MOSAIK e.V. Düsseldorf.

ANMELDUNG:

Die Mandate für die Bundesmigrationskonferenz werden über die jeweiligen IG Metall Bezirke vergeben.